

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.
 VORSITZENDER DER KONRAD-
 ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

www.kas.de

„Der Politiker der sachlichen Leidenschaft“

VERLEIHUNG DES OSWALD-VON-NELL-BREUNING-PREISES DER STADT TRIER AN
 HERRN BUNDESKANZLER A.D. HELMUT SCHMIDT

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Ehren von Helmut Schmidt, aus Anlass der Verleihung des Oswald von Nell-Breuning-Preises, in Trier – für mich noch immer die heimliche Hauptstadt von Rheinland-Pfalz – und an diesem ehrwürdigen Ort sprechen zu dürfen, bereitet mir große Freude.

Wo Karl Marx, der 1835 als 17-jähriger in diesem Festsaal sein Reifezeugnis erhielt – er war Schüler eines im 16. Jahrhundert eröffneten Jesuiten-Kollegs, das seit 1815 als Königlich-Preußisches Gymnasium fortgeführt wurde und seit 1896 den heutigen Namen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium trägt: man wollte Verwechslungen mit dem neu gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gymnasium vermeiden, das allerdings heute Max-Planck-Gymnasium heißt. Wo Karl Marx und Oswald von Breuning, der ihm 73 Jahre später als Abiturient desselben Gymnasiums folgte, sich begegnen, wo obendrein Joseph Höffner – der Erzbischof und Kardinal – und der spätere Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Weimarer Reichstag, Prälat Ludwig Kaas, ihr Abitur ablegten, da dürfen der heute zu Ehrende ruhig Sozialdemokrat und sein Laudator ruhig Christlicher Demokrat sein! Erst recht, wenn der Namensträger des heute zu vergebenden Preises Oswald von Nell-Breuning heißt.

Oswald von Nell-Breuning, der Jesuit, der katholische Theologe, der anerkannte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die prägende Gestalt der katholischen

Soziallehre im 20. Jahrhundert, war ein unabhängiger, ein unparteiischer, ein die Parteien verbindender Denker und Anreger, oft unbequem und kritisch, aber immer unbestechlich und konstruktiv. „Keiner“, schreibt Helmut Schmidt zu Recht in seinem Buch „Weggefährten“, „darf diesen von sachlich-nüchterner Wissenschaftlichkeit und zugleich von persönlicher Bescheidenheit geprägten Mann für sich oder für seine eigene Politik beanspruchen.“

In der Tat: Sein Werk ist unser gemeinsames Gut. Beide Volksparteien sind ihm verpflichtet, wenn auch vielleicht in unterschiedlicher Weise. Man kann die von Nell-Breuning vertretenen Prinzipien sehr ernst nehmen und doch im politischen Handeln zu unterschiedlichen Ansätzen und Lösungen kommen. Die katholische Soziallehre – katholisch, weil von Katholiken entwickelt, nicht weil sie nur für Katholiken diskutabel wäre – ist weit davon entfernt, konkrete Handlungsanweisungen für Parteimitglieder einer bestimmten Partei, in einer bestimmten Situation zu geben.

Ein Laudator, der Helmut Schmidt lobt, weil er verdienstermaßen mit dem Oswald-von-Nell-Breuning-Preis ausgezeichnet wird, muss also nicht in allem mit ihm übereinstimmen. Ich gebe zu: Das ist nicht immer so gewesen – als Bundeskanzler Helmut Schmidt im Wahlkampf Klaus von Dohnanyi, den SPD-Kandidaten um das Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, gegen mich unterstützte. Und es ist auch gelegentlich bis zum heutigen Tage nicht so. Etwa, wenn

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

ich Helmut Schmidts – nach meiner Erfahrung in den jungen Ländern – allzu düsteres Urteil zum Stand der Wiedervereinigung lese.

Aber, weil es darauf nicht ankommt, weil es viel mehr darum geht, einen Mann zu ehren, der in hoher sittlicher Verantwortung und mit preußischem Pflichtbewusstsein höchste Staatsämter ausgefüllt und später seine publizistische Arbeit getan hat und tut, bin ich herzlich gern Laudator – mit Freude und auch mit Stolz.

Es tut uns gut und ist nützlich – besonders in diesen Tagen und mit dieser Veranstaltung –, deutlich zu machen, dass der „Staatsfreund“ (Friedrich Schiller) an erster Stelle steht, noch vor dem Parteifreund rangiert.

Der zur scharfen Auseinandersetzung, ja zur Polemik fähige Helmut Schmidt hat es an Respekt vor dem politischen Gegner nicht fehlen lassen. Sein vertrauensvolles Verhältnis als Fraktionsvorsitzender der SPD zu seinem Unionskollegen Rainer Barzel war eine Voraussetzung für das Gelingen der ersten Großen Koalition.

Und weil auch „Plisch und Plum“ dieser Tage Konjunktur haben, füge ich hinzu: Selbst Franz-Josef Strauß – sein Widersacher in unzähligen Debatten, sein Herausforderer bei der Bundestagswahl 1980 – hat sich in einem Geburtstagsbrief an Helmut Schmidt als sein „Mitschüler ehrenhalber“ bekannt.

Ohne zu vergessen, dass der Disput das Salz der parlamentarischen Demokratie ist, haben sie und andere zusammengestanden, als es – zum Beispiel in dramatischen Stunden bei der Abwehr des mörderischen RAF-Terrorismus – darauf ankam.

Dolf Sternberger, mein verehrter Lehrer, dem sich Helmut Schmidt nicht erst verbunden fühlt, seit er vor zwei Jahren den Dolf-Sternberger-Preis für die beste politische Rede erhielt, sagt, dass es zwischen Demokraten keine Ur-Gegensätze gebe, sehr wohl aber die Notwendigkeit eines „Ur-Einvernehmens“.

Wenn wir gegenwärtig kontrovers über das Verhältnis von Individuum, Staat und Gesellschaft, von Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität diskutieren, nimmt die christliche Soziallehre, wie sie Oswald von Nell-Breuning auf katholischer und beispielsweise Emil Brunner auf evangelischer Seite verkörpern, bedauerlicherweise nicht den Stellenwert ein, der ihr zukommt. Die Nell-Breunings und Brunners fehlen uns! Dabei gehört die christliche Soziallehre – spätestens seit dem Godesberger Programm, dessen Zustandekommen Nell-Breuning begleitet und begrüßt hat – mit zu dem, was in der Bundesrepublik Deutschland das „Ur-Einvernehmen“ der Demokraten ausmacht:

Der Mensch steht im Mittelpunkt – nicht der Staat, nicht eine Klasse und auch nicht die Gesellschaft! Der Mensch, so der vielzitierte Satz von Oswald von Nell-Breuning, „ist Ursprung, Träger und Ziel aller Sozialgebilde und allen sozialen Geschehens.“

Helmut Schmidt bekennt sich zu Oswald von Nell-Breuning als einem seiner, wie er rückblickend schreibt, „drei katholischen Ratgeber“ – der Ruhrbischof Franz Hengsbach und der Wiener Kardinal König sind die beiden anderen. „Ich gestehe gern: ich habe manches von Oswald von Nell-Breuning gelernt“, sagt er. Das ist nicht wenig, bedenkt man: Helmut Schmidt ist Hamburgischer Hanseat und neigt nicht zur Übertreibung.

Im Amt des Bundeskanzlers, zu Nell-Breunings 88. Geburtstag, formuliert er zurückhaltend: „Ich möchte Ihnen ... herzlich Dank sagen für die kritische Begleitung, die Sie meiner Arbeit in manchen Einzelfragen angedeihen ließen.“ Mit Blick auf die damals aktuelle Grundwertediskussion stellt er fest, dass die Auffassungen Nell-Breunings „über die Kompetenzen von Staat und Gesellschaft ... verdeutlichen, was ich selbst zum Ausdruck zu bringen suche.“

Helmut Schmidt holt sich Rat und Zuspruch, Bestätigung und Rückversicherung für sein Handeln. In eine bestimmte Denkschule will

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

er sich deswegen aber nicht einordnen lassen und zitiert Ludwig Wittgenstein: „Hauptursache philosophischer Krankheiten ist einseitige Diät.“

Niemanden wundert es, wenn Helmut Schmidt über sich sagt: „Ich bin kein Marxist.“ Aber einige dürften sich wundern, dass er auch sagt: „Ich bin ebenso wenig ein Anhänger des Kritischen Rationalismus.“ Marx solle man lesen – wie ihn natürlich auch Nell-Breuning gelesen hat –, ebenso Popper, und Kant bitte nicht vergessen. Alles sei zu prüfen – an der Wirklichkeit zuerst und dann am eigenen, immer wieder neu geschärften, moralisch begründeten Werturteil, man könnte auch sagen: am eigenen Gewissen.

Wer Helmut Schmidt zum „Popperianer“, „Water-Kant“ oder was immer erklärt, geht fehl und hat seinen Widerspruch zu fürchten. Und ich füge hinzu: Er ist auch kein „Nell-Breuning“!

Helmut Schmidt besteht auf der Unterscheidung von Philosophie und Politik. Ein philosophierender Politiker will er so wenig sein, wie Pater Nell ein politisierender Priester sein wollte. Er steht dazu, ein Mensch fürs Praktische, ein Realist, ein Handelnder zu sein, und sieht darin keinen Nachteil. Verantwortliche Politik werde mit Realitätssinn und kühlem Kopf und „nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele gemacht.“

Utopien und Dogmen sind nicht seine Sache. Illusionen, Sentimentalität und Überschwang verweigert er sich. Doch schon in früherer Jugend hat er sich von Elend und Armut tief anrühren lassen: Sein späterer Schwiegervater, ein Werftarbeiter, wird im Zuge der Weltwirtschaftskrise arbeitslos – mit der Konsequenz, dass die vielköpfige Familie unter kümmerlichsten Verhältnissen leben muss. Dieser „Anschauungsunterricht“, sagt Helmut Schmidt rückblickend, war bewusstseinsprägend: „Es muss mehr Gerechtigkeit hergestellt werden!“

Zitiert er Oswald von Nell-Breuning, dann oft mit diesem Satz: „Wir haben über die

Welt nicht geistreich zu philosophieren, sondern ... sie herzlich anzupacken, sie zu verändern, gegebenenfalls sie umzukrempeln und vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ Leidenschaft und Veränderungswille sprechen daraus. Helmut Schmidt teilt beides.

Freilich treibt ihn eine gezügelte Leidenschaft, eine Leidenschaft, die der Wirklichkeit Herr werden will, die vorausdenkt und Neuanfänge wagt, die aber nicht dazu verführt, sich vor der realen Welt davon zu stehlen: Leidenschaft als Hingabe, als Dienst an der Sache, als Drang zum Konstruktiven, nicht als Verabsolutierung der eigenen Hoffnungen, nicht als moralischer Eifer. Max Weber hat eine so verstandene Leidenschaft – neben Verantwortlichkeit und Augenmaß – zu den „persönlichen Vorbedingungen“ gezählt, die ein Mensch braucht, „um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen.“

In einem Beitrag zum Beginn des 100. Lebensjahrs von Nell-Breuning – 1989 – drückt Helmut Schmidt aus, welche Eigenschaften er an ihm schätzt: Nell-Breuning habe in seinem Wirken „Ernst und bisweilen ... Härte spüren lassen – mit Temperament, mit rhetorischer Brillanz, aber bei aller unbeugsamen Treue im Grundsatz immer nur der Wahrheit der Sache verpflichtet und jener Klarheit der Begriffe und Präzision der Argumente, die der Respekt vor der menschlichen Vernunft als einem Gottesgeschenk verlangt.“

Ähnliches ließe sich problemlos auch von Helmut Schmidt sagen. Namensgeber des Preises und Preisträger lassen sich nicht in eine Schublade sperren, aber es gibt unübersehbare Übereinstimmungen!

„In Realismus und Nüchternheit“, heißt es in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler im Mai 1974, „konzentrieren wir uns auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite.“ Er mahnt zur „Besinnung auf das Mögliche“, keine Regierung könne Wunder vollbringen, aber das Erreichbare müsse sie mit aller Kraft tun.

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

Helmut Schmidt will der Politik realistische Ziele setzen, nicht ängstlich oder gar angstvoll, aber mit Augenmaß. Sie muss auf die zentralen Probleme der Gegenwart Antworten finden, vor allem – so seine seit Jahrzehnten wiederholte Überzeugung – für stabile wirtschaftliche Verhältnisse sorgen. „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“, „das ökonomische Sein bestimmt das Bewusstsein“ sind seine teils an Karl Schiller aber durchaus auch an Karl Marx erinnernde Formulierungen. Und er postuliert: Erfolgreiche Sozial- und Gesellschaftspolitik setzt stetiges Wachstum voraus.

Doch das Wachstum bleibt zeitweise aus, in manchen Jahren seiner Regierungszeit schrumpft es sogar. Die beiden Ökrisen von 1973/74 und 1979/80 erschüttern die Weltwirtschaft und mit ihr die Bundesrepublik. Inflation und Arbeitslosigkeit wachsen, die Neuverschuldung steigt. Vieles wird unbezahlbar.

Es ist heute trostreich zu wissen und auch daran zu erinnern, dass es schon früher Krisen gab und dass sie überwunden werden konnten. Manche vergessen das gelegentlich und fragen nicht einmal, wie man sie überwunden hat.

Weil der Sozialdemokrat Helmut Schmidt gewürdigt werden soll, berufe ich mich auf den von ihm verehrten Ferdinand Lassalle: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

In der schon zitierten Regierungserklärung vom Mai 1974 schildert Helmut Schmidt die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage nach dem „Ölschock“ und benennt die Konsequenzen: Die Umstrukturierung der Volkswirtschaft setze Grenzen für das Wachstum der Realeinkommen. Die Stabilitätspolitik müsse konsequent unterstützt werden. Bei der Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte seien alle übertriebenen Forderungen abzuwehren. Sachorientierter, schnörkelloser geht es kaum.

Stellt euch den Realitäten, nüchtern und ungeschminkt, und zieht dann die Konsequenzen! Wer Tatsachen verschweigt oder beschönigt, kann kein Übel kurieren! Das war die Botschaft – bis in die Tonlage der Rede hinein. Das ist seine Botschaft bis heute.

In seinem Buch „Weggefährten“ steht der Satz: „Schmidt war die undankbare Aufgabe zugefallen, die euphorischen Reformhoffnungen der Ära Brandt zu dämpfen, da längst deutlich geworden war, dass sie nicht mehr finanzierbar waren.“

Das Ringen um eine realistische Sicht der Dinge – Helmut Schmidt nennt es „kritische Vernunft“ – „darf sich“, wie er sagt, „nicht bloß auf den politischen Gegner und dessen Argument richten“, es muss auch an die eigene Partei gerichtet sein.

Am 28. Oktober 1977 hielt er seine Rede vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien in London, in der er auf die neue Bedrohung West-Europas durch sowjetische SS-20-Raketen hinwies – der Beginn der Nachrüstungsdebatte, die Deutschland fast ein Jahrzehnt lang aufwühlte. Für den NATO-Doppelbeschluss setzte er sich international erfolgreich ein, stieß aber im Inneren auf erheblichen Widerstand seiner eigenen Partei. Es bleibt wahr, dass seine konsequente Politik in der Nachrüstungsfrage dazu beitrug, dass der Kalte Krieg dem Ende entgegensteuerte.

An Mut zur Wahrheit und Klarheit hat es Helmut Schmidt nicht fehlen lassen. Als Kanzler hat er Führung bewiesen. Den Anspruch auf „geistig-moralische Führung“ durch den Staat aber ließ er nicht gelten.

Er fürchtet, dass die Deutschen ein gefährdetes Volk bleiben, dass sie emotional gefährdete Menschen seien, leicht aufzuregen – er hat diese Sorge zuletzt in einem Interview zum 60. Jahrestag des Kriegsendes beschrieben. Er fürchtet, dass politische Vorstellungen allzu bald zu Heilsbotschaften mutieren. Unsere jüngere Geschichte vom Deutschen Reich bis zur DDR zeigt: Realitätsverlust, nicht ein

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

Übermaß an Realitätssinn, ist eine urdeutsche Gefahr.

Wollte Helmut Schmidt den Deutschen Nüchternheit, Vernunft und Augenmaß als demokratische Tugenden vermitteln? Hat er also, wie Richard von Weizsäcker vermutet, geistig-moralische Führung in einer Art und Weise wahrgenommen, „als wolle er sie ablehnen“? – In seiner letzten Parlamentsrede 1986 spricht Helmut Schmidt von der „Besinnung auf das Ethos eines politischen Pragmatismus unter moralischer Zielsetzung.“ Ein Ethos, das der Kantschen Ethik verwandt ist und das der katholischen Soziallehre nicht fern steht, weil sie auf zwei Säulen baut: die Kenntnis normativer Grundlagen und die Erforschung der sozialen Wirklichkeit. „Normen der Gesellschaft“ – so der Titel einer Festschrift, die wir Nell-Breuning zu seinem 75. Geburtstag im Jahre 1965 gewidmet haben.

Pragmatische Vernunft, gegründet auf sittlichen Maßstäben, ist eine fundamentale demokratische Tugend. Doch reicht sie aus, um die Menschen zu gewinnen, wenn Reformen und Einschnitte notwendig werden, um Orientierung zu bieten? Wie viel Ausstrahlungskraft kann Sachlichkeit entfalten? Die Frage ist höchst aktuell.

Mir scheint, dass die Politik mehr Wirklichkeitssinn verlangt, als es viele in Deutschland wahrhaben wollen. Es herrscht eine verquere öffentliche Meinung, die einer klaren Erkenntnis der Lage eher im Weg steht, statt sie zu fördern: Es gibt kein Menschenrecht auf Egozentrik und Habgier, ebenso wenig wie ein Menschenrecht auf Neid und 35-Stunden-Woche. Nell-Breuning plädierte für Verkürzung der Arbeitszeit, allerdings mit Lohnverzicht.

Helmut Schmidt hat sich 1998 in einem Essay auf die Suche nach einer öffentlichen Moral begeben. Mit der ihm eigenen Schärfe liest er der – wie er sagt – „Klasse unserer Politiker und Manager“ einschließlich der Verbände und Gewerkschaften gehörig die Leviten, diagnostiziert „Verfallserscheinungen“ und wirft ihr vor, ein irrwitziges, nervtötendes Palaver zu

veranstalten, statt den notwendigen Wandel voranzutreiben.

Das saß! Das fand Beachtung! Darüber ist nur kaum einem mehr aufgefallen, dass Helmut Schmidt in einem weiteren Kapitel seines Buches die Massenarbeitslosigkeit als „moralisches Problem“ beschrieben hat.

Sieben Jahre später, heute, haben wir – zählt man alles zusammen – sieben bis acht Millionen Menschen, die, weil sie keinen verlässlichen Arbeitsplatz besitzen, nicht ihre volle Lebenserfüllung finden, nicht etwa nur über ein zu geringes Einkommen verfügen.

Ein moralisches Problem, ein Skandal, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen! Ein Skandal, der die Soziale Marktwirtschaft langfristig in Frage stellt! Denn die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards heißt nicht nur Marktwirtschaft mit sozialen Rahmenbedingungen – sie heißt Vollbeschäftigung. Ein Skandal, der noch zusätzlich darin besteht, dass es unerträglich große regionale Unterschiede gibt. Ein Skandal schließlich, weil es unsere Sozialsysteme in größte Schwierigkeiten bringt und Zukunftsinvestitionen verhindert!

Der Mensch entfaltet seine Persönlichkeit entscheidend dadurch, dass er Arbeit hat. So die Position der katholischen Soziallehre. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, kann sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, kann eine Familie gründen und ernähren, kann seine eigenen Risiken absichern und einen solidarischen Beitrag zur Absicherung der Risiken seiner Mitbürger leisten.

Als Finanzminister bei seiner Rede zum Bundeshaushalt 1974 betonte Helmut Schmidt den unbedingten Primat der Vollbeschäftigung, damals wie heute auch ein moralischer Primat. Das sollten wir immer mit bedenken, wenn wir uns in Deutschland neu Rechenschaft darüber ablegen müssen, was der Bürger vom Staat erwarten kann und welche Verpflichtungen der Bürger selbst tragen muss, was den Menschen zumutbar ist!

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

18. OKTOBER 2005

Noch fehlt es an Übereinstimmung über die wesentlichen Grundauffassungen, die ein konsequentes gemeinsames Handeln ermöglichen. Statt sich darüber zu verständigen, was soziale Gerechtigkeit und fairer Ausgleich der Interessen heißen, tobt ein erbitterter Kampf über die Deutungshoheit.

Wer sich an der christlichen Sozialethik orientiert, muss wissen: Das Solidaritätsprinzip basiert nicht auf gutem Willen. Es ist nicht ins Belieben gestellt, sondern beinhaltet eine verbindliche Verpflichtung: Wer Hilfe braucht, muss Hilfe bekommen! Aber das Solidaritätsprinzip ist keine Einbahnstraße, es beruht auf Gegenseitigkeit: Der, der Hilfe empfangen hat, darf sich nicht darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, sondern muss das Menschenmögliche tun, damit er wieder auf eigene Füße kommt. Solidarität heißt, dem, der in Not geraten ist, helfen, dass er wieder auf die eigenen Füße kommt. Heißt nicht, dafür zu sorgen, dass er in den Warteschlangen der Sozialämter und Arbeitsagenturen bleiben kann.

Vieles von dem, was heute zu tun ist, kann man bei Helmut Schmidt nachlesen: „Das erstickende Geflecht von tausend gesetzlichen und obrigkeitlichen Vorschriften“ ist zu beiseitigen, „die östlichen Länder brauchen einen bundesgesetzlich ermöglichten, weitreichenden Deregulierungs-Spielraum“, für die „finanzwirtschaftliche Entmündigung der Länder und Städte“ sowie für die „Verwischung der Verantwortung“ von Bund und Ländern ist Abhilfe zu schaffen, die „Senkung der Staatsquote“, Vernunft bei den – wie er sagt – „zu weit getriebenen sozialpolitischen Ausgaben“.

Die Arbeitsfelder sind bekannt. Nur getan hat sich zu wenig. Deswegen der Aufruf Helmut Schmidts an die Politik – vor zwei Jahren in einer Laudatio auf Roman Herzog: „Ich plädiere ... nicht für eine große Koalition. Wohl aber dürfen wir in dieser gefährlichen Lage unseres Landes verlangen, dass die Politiker sich zu enger Zusammenarbeit finden – so wie damals in der Abwehr des RAF-Terrorismus. Das Volk

muss spüren können: Die Politiker kämpfen nicht noch einmal für ihren parteiischen Vorteil, sondern sie kämpfen für Arbeitsplätze und für das öffentliche Wohl.“

Jetzt, da sich eine Große Koalition ankündigt, jetzt da versucht wird, eine Große Koalition zustande zu bringen, gilt der Aufruf zur engen Zusammenarbeit umso mehr.

Die Große Koalition, die die Parteien nicht wollten, die aber das Wahlergebnis nahe legt, kann für unser Gemeinwesen von Nutzen sein, wenn sich die Partner gegenseitig respektieren, wenn keiner den anderen überfordert, wenn sie sich nicht gegenseitig in die Suppe spucken. In Sachfragen darf nicht nur nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht werden. Ein großer Wurf sollte gelingen. Von jedem Parteiprogramm die Hälfte – das führt zu nichts. Wo immer möglich, muss man klare Entscheidungen treffen. Aber wo das nicht geht, muss man das sagen und die Finger davon lassen.

Unserem Land wäre zu wünschen, dass das Kunststück gelingt!

„Was ist des Menschen unabweisbare Pflicht?“ Diese – wie Helmut Schmidt überzeugt ist – „wichtigste aller Fragen“ hat er sich schon früh als junger Innensenator in seiner Heimatstadt Hamburg bei der verheerenden Flutkatastrophe 1962 gestellt.

Es ist nicht nur die wichtigste Frage, sondern oft auch die schwierigste. Noch ist nicht ausgemacht, dass wir in Deutschland sie richtig beantworten. Aber es gibt hoffungsvolle Zeichen.

Eines davon ist, dass Helmut Schmidt – der Realist, der unbeugsame Pragmatiker, der Mann von intellektueller und sittlicher Kraft, der Politiker der sachlichen Leidenschaft, uns seit vielen Jahren mit besorgten Zwischenrufen und besorgtem Zorn begleitend – heute den Oswald-von-Nell-Breunig-Preis erhält. Das ist ein Stück Orientierung!

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

TRIER

PROF. BERNHARD VOGEL
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

Heribert Klein zitiert in seiner Würdigung von Oswald von Nell-Breuning Bertolt Brecht – gemeinhin nicht die erste Adresse bei einem Priester und Ordensmann. Bei Nell-Breuning, dem Brückenbauer, geht das: „Er hat Vorschläge gemacht. Wir haben sie angenommen.“

18. OKTOBER 2005

Helmut Schmidt würde gewohnt nüchtern, wie im Schlusssatz der Regierungserklärung 1974, hinzufügen: „Vieles ist zu tun.“ Und ich würde mir wünschen, dass sich die politisch Verantwortlichen dabei gelegentlich auf den guten Rat von Helmut Schmidt besinnen – und zwar in allen Parteien.

Herzlichen Glückwunsch Helmut Schmidt,
dem Preisträger 2005 des Oswald-von-Nell-
Breuning-Preises!